Alle Menschen müssen das Recht auf einen Religionswechsel haben

Alle Menschen müssen das Recht auf einen Religionswechsel haben

Bericht zur Religionsfreiheit in der Vollversammlung der Vereinten Nationen
VN-Sonderberichterstatter für Religionsfreiheit Professor Heiner Bielefeldt hat am Donnerstagnachmittag amerikanischer Zeit in der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York seinen aktuellen Bericht zur Religionsfreiheit vorgestellt. Er betont darin das Recht auf den Wechsel der Religionswechsel und kritisiert scharf die vielfachen staatlichen und nichtstaatlichen Sanktionen gegen Konvertiten. Hier zu erklärt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder:
"Die Religionsfreiheit und das Recht, den eigenen Glauben und die eigene Überzeugung frei und ohne Zwang zu wählen, ist ein zentrales Menschenrecht. Es ist Ausdruck der Freiheit und Würde jedes Menschen. Es ist daher umso mehr zu bedauern, dass viele Staaten der Welt Menschen hart bestrafen, die sich auf dieses Recht berufen und eine neue Religionszugehörigkeit wählen. Wir unterstützen Professor Bielefeldt nachdrücklich in seiner Forderung, Menschen, die ihre Religion wechseln, nicht zu verfolgen. Konversion muss überall auf der Welt möglich sein.
Professor Bielefeldts Bericht zeigt eindrücklich auf, dass in manchen Regionen der Religionswechsel, die Konversion, noch immer mit der Todesstrafe bedroht ist. Vielfach verlieren Konvertiten wichtige bürgerliche Rechte wie die Erziehungsberechtigung oder den Erbanspruch. Oft werden sie von Seiten des Staates oder der Gesellschaft starkem Druck ausgesetzt, ihre Entscheidung zurückzunehmen. Vor allem Frauen werden über die Heirat zwangsrückkonvertiert.
Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte aus dem Jahr 1948 ist ein Gründungsdokument der Vereinten Nationen. Sie schützt in Artikel 18 das Recht auf Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit jedes einzelnen Menschen. Es ist völlig richtig, wenn der Sonderberichterstatter den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen empfiehlt, sich dafür einzusetzen, Konversionen nicht zu erschweren und den Menschen nicht ihre Religionsfreiheit streitig zu machen.
Wir fordern ein Ende von staatlicher und gesellschaftlicher Gewalt gegen Konvertiten gerade in der islamischen Welt. Die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben der Staaten und Völker dieser Erde ist der tolerante Umgang mit den Überzeugungen und dem Glauben jedes einzelnen Menschen."

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
fraktion@cducsu.de
  http://www.cducsu.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=512048" width="1" height="1">

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

CDUDie Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht.Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas.Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben.CSUWurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.